

Gewissen

30 Pfennige

Siebenter Jahrgang — Nummer 8

Montag, den 23. Februar 1925

Für den Ring herausgegeben von Ed. Stadler

Sammlung der Oberschicht.

Der Ring ist ein Symbol der Verbundenheit von Menschen gleicher Gesinnung. Keinesfalls bedeutet der Ring als Bezeichnung unserer Bewegung eine Organisation, die realpolitische Aufgaben innerhalb des gegenwärtigen Staates verfolgt. Das Symbol des Ringes soll diejenigen Deutschen einen, welche die Neubildung einer konservativen Führerschaft wollen und die politische Führung als Verantwortungsaufgabe der Persönlichkeit auffassen. Letzten Endes bedeutet unser heißes Bemühen um Sammlung der konservativen Oberschicht den Aufruf der Persönlichkeit. Alles Göttliche offenbart sich in der Persönlichkeit. Alles unabhängige Handeln von gesellschaftlicher Bedeutung auf der Höhe des Glücks, in der Tiefe des Unglücks, verlangt den Einsatz des Charakters. Staatsmännisches Handeln heißt Auswirken der Persönlichkeit im Dienste einer nationalen Idee. Wenn unsere Zeit in ihrem Fortschrittswahn, in ihrem Glauben an Mechanisierung von Menschen und Dingen auf die Persönlichkeit verzichteten zu können geglaubt hat, so ruht heute auf ihr der Fluch solcher Mechanisierung. Erst die von Masse und Mechanisierung befreite Persönlichkeit wird uns aus die am ganzen Niedrigen wieder herausführen, wenn ihr wieder das Recht auf ihre Eigenart, eben auf Persönlichkeit, zuerkannt wurde.

Als das Unglück unseres nationalen Zusammenbruchs sich in seiner ganzen Schwere offenbarte, stieg der Ruf nach Führern aus der Masse empor. Der Zusammenbruch war ein Führerzusammenbruch, wie er tragischer nicht gedacht werden konnte. Deutschland besaß keine politischen Führer von staatsmännischem Ausmaß. Man erkannte zu spät, daß eine ganze Generation vom Erbe Bismarcks geerbt hatte, ohne das Erbe zu erneuern. Das Schicksal Preußens nach dem Tode Friedrichs des Großen wiederholte sich für das Reich.

Alles Geschwätz der durch die Revolution hochgelommenen Kleinbürgerlichen Elemente, aller künstliche Massenbetrug der demokratischen Propaganda konnte über diesen trostlosen Befund nicht hinwegtäuschen. Armelige Versuche, den Mangel an politischem Charakter durch betriebliche Intelligenz auszugleichen, rächten sich an den Männern selbst.

Die Völkern hoffen auf Parteien, vaterländische Bewegung, Berufsbünde, wie sie sich aus der Lage heraus mit mehr oder weniger nationalem Eifer und Begeisterung zur Rettung aus Chaos und Unfreiheit darboten. Ihr guter Wille, auch ihr Verdienst um Abkehr des Schlimmsten in allen Ehren! Das moralische Erbe der Zeit, der Verfall des Charakters, blieb aber den Meisten verborgen. Es stellte sich heraus, daß Parteien und Verbände Niemanden von überragender Bedeutung herauszustellen in der Lage waren, da nicht einmal für ihre eigenen Angelegenheiten eine Führung genüge, da überall ein so ausgesprochener Mangel an geistigem Gehalt und schöpferischer Gestaltungskraft sich zeigte, daß es kein Wunder war, daß die Parteien samt und sonders in parlamentarischen Getriebe aufgingen, die Bewegung der vaterländischen Verbände auch die Gelegenheiten, die sich boten, verpaßten und die wirtschaftlichen Gruppen überhaupt zu keinem Verhältnis zu Staat und Nation, zu keiner klaren Erkenntnis ihrer Verpflichtungen gelangten. Überall wurde Verantwortung abgewälzt.

Allmählich erst erkennt man heute, daß Politik als Kunst der Führung eine Kunst von Wenigen bedeutet. Man verkennt aber heute noch, daß alles Bemühen darum vergeblich bleibt, wenn die persönlichen Voraussetzungen dazu verweigert bleiben.

Gesteiger'e Leistung setzt gesteigerte Ansprüche voraus. Solcher Anspruch muß sich an die eigene Person richten, darf sich nicht auf Schaffung von Stellen und äußere Position beziehen. Auch die äußere Unabhängigkeit der zur

Bestellungen

auf das „Gewissen“ bitten wir bei der eigenen Postanstalt aufzugeben. Der monatliche Bezugspreis beträgt für diesen Fall eine Mark. Vom Verlage werden nur Bestellungen auf Streifbandbezug entgegengenommen. Der monatliche Bezugspreis bei Streifbandbezug beträgt M. 1,25.

Ring-Verlag G. m. b. H.
Berlin W 30, Mohrstr. 22.

Aus dem Inhalt:

- Sammlung der Oberschicht
- Staat und Wirtschaft
Von Dr. Eduard Stadler
- Der Konflikt der Welträume
Von Dr. Karl Hoffmann
- Grenz-Preußen
Von Dr. Max Hildebert Boehm
- Tradition
Von Hans Schwarz
- Ein Probestück wirtschaftlicher Selbstverwaltung
Von Dr. Heinz Brauweiler
- Ring Nationaler Frauen
Von Beda Prillipp
- „Das große friedliche Reich der deutschen Sprache“
Kritik der Presse

Führung Berufenen ist neben der Hauptforderung ihrer inneren Unabhängigkeit eine Grundregel der Führerauslese.

Politik ist auf Tradition aufgebaut. Die Verbindung mit der Geschichte ruht ebenfalls bei Wenigen, die diese Verpflichtung nicht nur kennen, sondern von ihrem inneren Sinn befeuert sind. Jeder Bruch mit der Tradition bedeutet für ein Volk folgenschwerstes Risiko, das es mit seinem Untergang bezahlen kann.

Tradition und Recht bedingen einander. Die Gegenwart spottet nicht nur überlieferter Zeichen von Autorität und Geltung, sie läßt auch ungestraft ihr eigenes Gesetz verhöhnen, weil sie in ihrer Steifheit des Glaubens an das Recht selber entbehrt. Alle Methoden eines mißverstandenen Machiavelli, alle zynischen Kunststücke vermögen aber nicht solche Sünde wider den Geist der Nation gutzumachen.

Staatsmännische Führung, wie wir sie aus der Geschichte kennen, verdankt ihren Erfolg dem korporativen Zusammenarbeiten der an der Herrschaft Beteiligten. Das Geheimnis einer herrschenden Oberschicht kennen die Angelsachsen, kennen die Juden. Auch die regierenden Bolschewiki, die von Beiden gelernt haben, während sie ihre Theorie aus einem naturwissenschaftlich verdorbenen deutschen Ethos entwickelten, übernahmen deren Methode. Alle Drei reden nicht davon. In der Öffentlichkeit reden sie von Demokratie und reden von der Herrschaft des Volkes und des Proletariats.

Warum schweigen in Deutschland die Kreise, die vor dem für das politische Schicksal ihres Volkes verantwortlich waren? Warum schweigt die konservative Oberschicht? Schämt sie sich ihres historischen Verfalls? Besser, sie gäbe es zu! Schämt sie sich ihrer Machtlosigkeit? Besser, sie gewänne die Macht wieder zurück! An ihr liegt es, die Voraussetzungen für staatsmännisches Führen in Deutschland wiederzuschaffen.

Alle Erneuerung staatsmännischer Führung bedarf des Einsatzes verantwortungsbewußter, unabhängiger Persönlichkeiten in einer gemeinsamen Willensfront, die von konservativer Staatsgesinnung getragen wird. Diese muß sich sammeln, um über das parlamentarische Getriebe und über den wirtschaftlichen Interessententum hinaus den Symbolen deutscher Nation wieder Geltung zu verschaffen. So aber und nicht anders wird staatsmännische Führung in Deutschland wieder zum Recht kommen.

Staat und Wirtschaft.

Von Eduard Stadler.

Die Korruptions-Skandale, die in den letzten Wochen die Öffentlichkeit auch über das eigene Land hinaus in Erregung versetzt haben, besitzen eine ungewöhnliche staatspolitische Tragweite.

Die öffentliche Meinung und die oberflächlichen Macher dieser Meinung neigen dazu, die politische Bedeutung dieser in unserem staatlichen und wirtschaftlichen Leben sich offenbarenden Zerlegungsercheinungen dahin zu deuten, daß die heutige Korruption ein Attribut der Republik sei, und daß unter dem monarchischen Regime dergleichen nicht vorkam, auch nicht möglich gewesen wäre. Daran ist etwas Wahres. Und doch muß an die Spitze der nachfolgenden Ausführungen der Satz gestellt werden, daß eine Republik auch denkbar ist ohne ein solches Ausmaß von Korruptionsercheinungen, wie umgekehrt ja auch nicht geleugnet werden kann, daß die Monarchie als Staatsform vor Zerlegungsercheinungen nicht geschützt ist. Die Gründe liegen im vorliegenden Falle tiefer und reichen bis in die Vorkriegszeit zurück.

Der tiefste und zurückliegende Grund der gegenwärtigen Vorkommnisse ist vor dem Krieg schon in dem Prozeß der Interessenspolitisation des Parteiwesens zu suchen. Im gegebenen, von Bismarck geschaffenen Staate stellten die Parteien ursprünglich ein staatsidealistisches Aktivum dar. Die Politiker dieser Parteien waren von staatsweitschauender Ansicht durchdrungen und kämpften dafür. Sie kämpften dafür sogar gegen Bismarck und gegen die Form des neuen Reiches. Allmählich aber verlor die staatsidealistische Trieb. Dafür kam im Zustand der politischen Sättigung das Wirtschafts-Interessentum immer stärker auf. Der durchschnittliche Parlamentarier härte allmählich auf, zuerst Staatspolitiker oder werdender Staatspolitiker zu sein, er legte mehr Nachdruck darauf, als Vertreter großegartiger oder kleinbürgerlicher Interessen. Vertreter Syndikus von Industrieorganisationen, Beamtenvertreter, Mittelständler, vor allem auch Gewerkschaftsvertreter zu wirken. In jenem „Volksstaat von unten“, der um die Wende vom 19ten zum 20ten Jahrhundert als parlamentarische Oberschicht und als Massenaufbau der Parteien in den übrigen Staat hineinwuchs, starb der eigentliche Staatsgedanke aus und machte dem vielseitigen Machttrieb der Interessensorganisationen Platz. Schon damals suchten die Interessenvertreter auf dem Umweg über das Parlament machtpolitischen Einfluß auf den Beamtenkörper zu nehmen. Die Versuche mißlangten, weil der herrschende Staat dank des in den führenden Schichten überragenden Staatselementes herrschenden Staatsgeistes und dank der monopolartigen Stellung, die der Staat zu den Fragen der Außenpolitik einnahm, gegen die Interessenspolitik gefeit blieb und sein Beamtentum im preußisch-deutschen Staatsgeist festhielt.

Im Krieg war zunächst alle Wirtschaft nur Dienerin des im Lebenstamme stehenden Staates. Je mehr aber in der Führung des Obrigkeitstaates die heroische Zielhaftigkeit verblühte, desto mehr drängten sich zwei Kräfte auf Kosten des gegebenen Staates in den Vordergrund: zunächst das Parlamentarierentum mit der anwachsenden Macht eines neuen uns vom Ausland suggerierten Volksstaatsbegriffs; zugleich aber die Wirtschaft als solche mit ihren den Staat umklammernden und erdrückenden kriegswirtschaftlichen Formen. Das Zueinander greifen von Staat und Wirtschaft im Kriege zwang vielfach das Staatsbeamtentum zu der Aufgabe, die Führung der Wirtschaft zu übernehmen, umgekehrt wuchs das eigenartige Beamtentum der wirtschaftlichen Verbände in den Staatsapparat hinein. Die Vermählung von Wirtschaftsbürokratie und Staatsbürokratie konnte fruchtbar sein, wenn es dem Staate gelang, die Bürokratie der Wirtschaft so in sich aufzunehmen, daß sie sich dem herrschenden Staatsgeist beugte und aus diesem Geist heraus eigene nationalpolitische Werte schuf. Die Vermählung war gefährlich, wenn umgekehrt die Wirtschaftsbürokratie den Staat zum „Geiste der Wirtschaft“